Kapitel 1: Einleitung	13		
Kapitel 2: "Objektive" wertungsbezogene Fahrlässigkeit als positiv- allgemeines Kriterium der Strafbarkeit	19		
A. Einleitung	19		
B. Überblick über objektive Zurechnung und hierauf bezogene			
Fahrlässigkeitsbegriffe	20		
I. Grundlagen	20		
II. "Objektive" Fahrlässigkeit in Anlehnung an § 276 II BGB	20		
	23		
IV. "Subjektive" Fahrlässigkeit; ein- und zweigliedriger			
8 8	26		
8	33		
1. Fahrlässigkeit als Kenntnis der unerlaubten	22		
	33 34		
,,	-		
,	37		
	37		
II. Objektive Vorschau im Meinungsspektrum der objektiven			
\boldsymbol{o}	39		
III. Undurchführbarkeit eines objektiven			
Wahrscheinlichkeitsbegriffs als allgemeine Voraussetzung der Strafbarkeit	42		
	+2 47		
<u> </u>	49		
Ç	•		
D. Allgemeingültiger Gehalt von unerlaubter Gefahrschaffung und objektiver Fahrlässigkeit	49		
	ŦŹ		
I. Einleitung; Unterscheidbarkeit von positiven und negativen Voraussetzungen	49		
	1 9		
•	53		



IV. Nichtbeachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt	
(§ 276 II BGB)	54
1. Grundlagen	54
2. Verkehrskreise	54
3. Sorgfalt	55
V. Täterindividuelle Sorgfalt	57
E. Notwendigkeit eines freien Wertungskriteriums?	57
I. Problemaufriss	57
II. Möglichkeit zusammenfassender Ausschlusstatbestände	58
III. Defizite einer positiv-allgemeinen Wertungsebene	59
IV. Präzisionsgewinn durch negativ-partikulare	
Erlaubnistatbestände	60
V. Fazit	63
Kapitel 3: Trennung von Unerlaubtheit und Fahrlässigkeit	65
A. Einleitung	65
B. Kompatibilität der auf der objektiven Zurechnung basierenden	
Erlaubnisebene mit den gesetzlichen Anforderungen an die	
Fahrlässigkeit	65
I. Anforderungen des Allgemeinen Teils: Stufenverhältnis von	
Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikt	65
II. Anforderungen des Besonderen Teils:	00
Merkmalsindividuelle Fahrlässigkeit	69
III. Ergebnis	71
C. Fahrlässigkeit als sog. innere Sorgfalt	72
	72
I. Grundlagen	72 75
II. Fahrlässigkeit als innere Sorgfalt: BurkhardtIII. Fahrlässigkeit als "Vermeidepflichtverletzung": Duttge	75 75
IV. (Unbewusste) Fahrlässigkeit als Handeln in Kenntnis	13
hinreichender Risikoanhaltspunkte: Hoyer	76
V. Fahrlässigkeit als (wertende) Erkennbarkeit der	70
Tatbestandsverwirklichung	79
1. Schmidhäuser	79
2. Frister	80
3. Schroeder	80
VI. Zusammenfassung	81
·	

D. Innere Sorgfalt und Stufenverhältnis	82		
I. Problemaufriss	82		
II. Naturalistische Erkennbarkeit als Voraussetzung des			
Vorsatzdelikts	82		
III. Zweckwidrigkeit der Erstreckung der inneren Sorgfalt auf			
das Vorsatzdelikt	84		
IV. Erlaubnistatbestände der inneren Sorgfalt und			
Stufenverhältnis	85		
1. Grundlagen	85		
2. § 93 I 2 AktG als Beispiel eines			
fahrlässigkeitsspezifischen Erlaubnistatbestands?	86		
3. Vereinbarkeit mit der Prämisse eines Stufenverhältnisses	87		
4. Auf den Vorsatz bezogene Erlaubnistatbestände	88		
V. Zuweisung nach struktureller Ähnlichkeit	90		
VI. Exkurs: Fahrlässigkeitsdefinitionen im schweizerischen und im österreichischen StGB	91		
VII. Zusammenfassung	93		
).		
E. Verortung der Erlaubnistatbestände; Unterscheidung zwischen			
Tatbestand und Rechtswidrigkeit	94		
I. Unterscheidung durch das StGB	95		
II. Unterschiede in den Rechtsfolgen	97		
III. Ebenentrennung aus Wertungsgründen?	101		
IV. Zuordnung zur Rechtswidrigkeit oder gemeinsamer Oberbegriff? Unterscheidbarkeit von abstrakten und			
konkreten Erlaubnistatbeständen	103		
F. Zusammenfassung	105		
Kapitel 4: Vorsatz und Fahrlässigkeit als "wertungsfreie" Merkmale	107		
A. Einleitung	107		
B. Vorsatz	108		
I. Grundlagen	108		
II. "Kennen" im Sinne des § 16 I 1 StGB	109		
Allgemeiner Sprachgebrauch als Ausgangspunkt	109		
2. Kenntnis einer objektiven Gefahr	110		
3. Subjektive Prognose	111		
III. Wille als Vorsatzbestandteil?	112		

IV.	Weitere Begrenzungen des Vorsatzbegriffs auf			
	Tatbestandsebene	115		
V. Vorsatzgegenstand				
VI. Vorsatz hinsichtlich der objektiven Voraussetzungen eines				
	Erlaubnistatbestands	120		
C. Fahrl	ässigkeit	122		
I. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit				
	1. Einleitung	123		
	2. Erkenntnisquellen	124		
	a) Körperliche Erkenntnisquellen	124		
	b) Geistige Erkenntnisquellen	125		
	c) Unzutreffende Vorstellung als Grundlage des			
	Fahrlässigkeitsurteils?	127		
	d) Täterexterne Erkenntnisquellen	128		
	3. Beispielsfälle	129		
	4. Faktoren der Erkennbarkeit	131		
	5. Veranlassungsmoment als Grundlage der geforderten			
	Strategie im Umgang mit Erkenntnisquellen	132		
	6. Erkennbarkeit ohne Veranlassungsmoment: Verifikation			
	der Möglichkeitshypothese	135		
II.	Zeitliche Grenzen der Erkennbarkeit	137		
	1. Grundlagen	137		
	2. Lebenszeit des Täters als absolute Grenze	138		
	3. Handlungshorizont als zeitliche Grenze;			
	normtheoretische Verifikation	140		
	4. Handlungshorizont bei rechtswidrigen Handlungszielen	145		
	5. Zuordnung zur Fahrlässigkeit	146		
	6. Überprüfung anhand der überkommenen			
	Auslegungsmethoden	148		
III.	Exkurs: Sog. Rechtsfahrlässigkeit, § 17 StGB	152		
	1. Grundlagen	152		
	2. Unrechtsbewusstsein	153		
	3. Vermeidbarkeit	154		
	4. Zusammenfassung	157		
D. Zusammenfassung		158		

Ka	apitel 5: Die Er	laubnistatbestände	161
A.	Einleitung		161
В.	Erlaubtes Risik	to im Wege der Auslegung des Gesetzesrechts	162
	I. Akzesso	rietät des Strafrechts?	162
	1. Grun	dlagen	162
		btheit und Erlaubnis	164
	3. Bezug	gspunkt von Erlaubnis und Verbot	166
	4. Verhä	ltnis einfachgesetzlicher Anordnungen als	
	Ausle	gungsproblem	168
	5. Zusai	nmenfassung	171
	II. Grundfa	ll: Positive gesetzliche Erlaubnis zur	
		ihrung des Erfolgs	171
		che Erlaubnis in Kenntnis des kategorialen	
	•	sikos; Risikoerlaubnis	173
		ch vorausgesetzte Verhaltensweisen; Nichtverbot	
	als Erlau		177
		zuweisung an anderen als Erlaubnis; Ausschluss	
		erprüfungspflicht: Sog. Vertrauensgrundsatz	182
		veckkongruenz	185
		Art. 14 schwStGB	190
	VIII. Zusamm	enfassung	192
C.	Ungeschrieben	e Tatbestände des erlaubten Risikos	192
	I. Methodi	k	194
	II. Wertend	e subjektive Vorhersehbarkeit	196
	-	hes (subjektives) Strafunrecht?	197
	•	fisches Strafunrecht in der überkommenen	
	Dogn		197
	-	stellte Wahrscheinlichkeit als Kriterium des	
	-	ischen Strafunrechts	200
		lungsziele als Abwägungsfaktor	203
		aß des Erfolgs als Abwägungsfaktor	204
		nmenfassung	205
	IV. Bagatells	chwellen	205
D.	Erlaubnistatbe	stände hinsichtlich der Erkenntnisgewinnung	206
	I. Grundla	gen; Fahrlässigkeit als pflichtwidriges Unterlassen?	206
		idrigkeit einer Erkenntnisgewinnungsmaßnahme	209

III. Kollidierende und inkompatible	
Erkenntnisgewinnungsmaßnahmen	211
1. Grundlagen	211
2. Priorisierung der größeren "Gefahr"?	212
3. Priorisierung nach dem drohenden Erfolg?	213
4. Priorisierung gesetzlich gebotener	
Erforschungsmaßnahmen	215
5. Zusammenfassung	215
IV. Inkompatibilität mit dem Handlungsziel	215
V. Weitere Erlaubnistatbestände mit	
kognitionspsychologischer Grundlage?	216
 Zugänglichkeit und Anschaulichkeit; Kodierung 	217
2. Abhängigkeit vom Verhalten anderer; Medien als	
Erkenntnisquelle	218
E. Zusammenfassung	222
Kapitel 6: Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	225
A. Die Elemente der objektiven Zurechnung	225
B. Trennung von Erlaubnis und Fahrlässigkeit	227
C. Vorsatz, sog. bewusste und sog. unbewusste Fahrlässigkeit	228
D. Erlaubnistatbestände der einfachgesetzlichen Rechtsordnung	230
E. Erlaubtes Risiko durch Abwägung: Abstrakte Risikovorstellung	231
Literatur	233